Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 29 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Clang-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246. | **Hamburg, den 17. Juli 1920** | Anzeigen kosten die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. | 34. Jahrg.

Vor der Revolution und nach der Revolution.

Ein Kapitel aus der sozialen Logik.

Wenn man den Lobrednern der „guten alten Zeit" glauben darf, herrschten bei uns in Deutschland in dem wilhelminischen Zeitalter herrliche Zustände. Die Volksmassen befanden sich in behaglichen Verhältnissen, sie hatten, nach dem eigenen Ausspruch des früheren Kaisers, „eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein", die Arbeiter waren dem Unternehmern gegenüber in jeder Beziehung gleichberechtigt, Unfreiheit, Unterdrückung, Polizeischikanen, Klassenjustiz und Ausbeutung waren unbekannte Dinge, das deutsche Volk schwamm geradezu im Fett, und wenn trotz alledem die Unterschichten, die gar nicht wußten, wie gut sie es hatten, unzufrieden waren und sozialdemokratisch wählten, so war das lediglich die Folge der Aufhetzung durch bezahlte Agitatoren. Auch noch während des Krieges hatten wir es in Deutschland gut, und wenn wir uns auch hier und da etwas einschränken und uns mit Steckrüben behelfen mußten, so wurde doch für uns durch den kaiserlich-deutschen Kriegssozialismus vortrefflich gesorgt. Das alles ist durch die Revolution ganz anders geworden. Jetzt herrscht eine ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise, wogegen die Lohn- und Gehaltssteigerungen nichts vermögen, die Schieber und Wucherer treten immer unverschämter auf, wir nähern uns dem völligen Zusammenbruch und stehen bereits dicht am Rande des Abgrundes. Die Unzufriedenheit der Massen schwillt unheimlich an, und wenn die Vorkämpfer der Rechtsparteien diese Unzufriedenheit noch künstlich steigern und zu ihren dunklen Zwecken in demagogischer Weise ausnutzen, so tuen sie das natürlich nicht als „gewerbsmäßige Hetzer", sondern als Patrioten und Vaterlandsfreunde, die es mit dem deutschen Volke gut meinen.

Es ist ein beliebtes Mittel der Reaktionäre, die für die Vergangenheit kämpfen, die früheren Zustände in einem rosigen Lichte erscheinen zu lassen und alle Scheußlichkeiten des früheren Systems mit dem Mantel der Vergessenheit zu umhüllen, wobei sie nicht ohne Erfolg mit der Gedächtnisschwäche ihrer Zeitgenossen rechnen, dagegen aber die gegenwärtigen Zustände schwarz in schwarz zu malen und an dem, was die neue Zeit gebracht hat, kein gutes Haar zu lassen. Diese Methode befolgten im Wahlkampfe die zahlreichen Leute, die unter dem früheren monarchisch-kapitalistischen System ihren persönlichen Vorteil gefunden haben und sich deshalb nach den Fleischtöpfen des vorrevolutionären Deutschland zurücksehnen. Sie traten vor die Wähler und Wählerinnen hin und erzählten ihnen, wie herrlich wir einstmals gelebt haben unter der milden Hand der Monarchie und wie gräßlich uns die sozialdemokratische Republik auf den Hund gebracht hat. Und dann redigten sie Buße und forderten Abkehr von der Sozialdemokratie und Rückkehr zu den schönen Zeiten des deutschen Kaisertums. Am liebsten möchten sie durch einen feuchtfröhlichen Putsch und eine Militärdiktatur die gute, alte Zeit wieder herbeiführen; aber in ihnen die Geschichte doch etwas zu brenzlich erscheint, so hoffen sie, mit Hilfe des Stimmzettels, die verfluchte sozialdemokratische Republik aus den Angeln heben zu können. Daß sie es bei ihrer Agitationsweise mit der Wahrheit und der Ehrlichkeit, mit der Logik und den Tatsachen nicht allzugenau nehmen, braucht einem aufmerksamen Beobachter nicht erst gesagt zu werden. Bezeichnend ist auch, daß sie ausschließlich auf das Gefühl und die Stimmung der Wählermassen einwirken, während sie die Urteilsfähigkeit und die Denkkraft verdunkeln und einlullen.

Wenn man sich die Agitationsweise der Rechtsparteien etwas genauer ansieht, so bemerkt man leicht, daß sie auf einer falschen Beweisführung und auf einem Trugschluß beruht. Es ist ein Denkfehler zahlreicher Menschen, daß sie die Ursache von der Wirkung nicht zu unterscheiden wissen, daß sie die Ursachen einer Erscheinung mit ihren Begleiterscheinungen verwechseln. Viel zu viele Menschen verstehen nicht folgerichtig zu denken und einen Vorgang auf seine natürlichen Ursachen zurückzuführen. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Beurteilung sozialer und wirtschaftlicher Dinge, weil hier die inneren Zusammenhänge nicht so offen zutage liegen, während die Vorgänge des gewöhnlichen Lebens viel einfacher und übersichtlicher sind. Zwei Beispiele mögen dies erläutern. Wir haben alle die Beobachtung gemacht, daß in der Morgenfrühe, beim Hähnekrähen, die Sonne aufgeht; aber wer von uns möchte wohl die Behauptung wagen, daß die Sonne aufgeht, weil die Hähne krähen und daß sie nicht aufgehen würde, wenn die Hähne die Zeit verschlafen hätten. Oder ein Mensch hat die Beobachtung gemacht, daß es regnet, wenn er bei einem Ausflug seinen Spazierstock mitgenommen hat, und daß es gutes Wetter wird, wenn er sich mit einem Regenschirm versehen hat; aber wird er daraus die Folgerung ziehen, daß sein Stock den Regen und daß sein Regenschirm das gute Wetter verursacht hat? Als denkender Mensch weiß er, daß Stock und Schirm mit der Witterung nichts zu tun, sondern daß letztere ganz andere Ursachen hat. So verhält es sich auch mit den sozialen Erscheinungen. In unserm Falle liegt die Sache so, daß den schlechten Verhältnissen, die sich nach der Revolution unter der sozialdemokratischen Republik entwickelt haben, ganz andere Ursachen zugrunde liegen, die mit Revolution und Republik nicht das geringste zu tun haben. Hier trügt eben der Schein; aber ein denkender Mensch läßt sich nicht trügen; er geht der Sache auf den Grund und späht unter der Oberfläche nach den tieferen Ursachen.

Wenn wir die gegenwärtigen schlechten Verhältnisse untersuchen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß sie nicht durch die Revolution und die Sozialdemokratie verschuldet sind, sondern daß sie, wenn man ehrlich sein will, dem früheren System aufs Konto geschrieben werden müssen. Die ehemaligen Machthaber haben Deutschland gegen den Willen der Sozialdemokratie in den Weltkrieg hineingezerrt; sie haben den Krieg in die Länge gezogen und noch weitergeführt, als schon keine Hoffnung auf Sieg mehr bestand; sie haben, weil sie den rechten Augenblick verpaßten, den unglücklichen Ausgang des Krieges auf dem Gewissen. Es ist leere Spiegelfechterei, wenn gesagt wird, die Sozialdemokratie habe das Heer innerlich zermürbt und dadurch kampfunfähig gemacht; die Schuld liegt auf der andern Seite; aber auch dann, wenn das Heer noch länger standgehalten hätte, wäre der Zusammenbruch unvermeidlich gewesen. Die Uebermacht der Feinde war eben zu groß; Deutschland konnte gegen eine Welt von Feinden nicht siegreich bestehen, und so brachen wir zusammen und wurden eine Beute der Sieger, die ihren Rachedurst und ihre Unterdrückungsgelüste an uns befriedigen. Hinzu kommt noch, daß wir durch den langandauernden Krieg wirtschaftlich heruntergekommen und in ungeheure Schulden gestürzt worden sind. Wir sind ein armes Volk geworden und befinden uns in der Schuldknechtschaft unserer Feinde, die ihren Sieg rücksichtslos ausnutzen. Unser Wirtschaftsleben stockt, unsere Valuta steht zum Gotterbarmen niedrig, und obendrein haben wir hohe Aufwendungen zu machen für die Opfer des Krieges, für Erwerbslose, für Neubeschaffung der aufgebrauchten Betriebs- und Verkehrsmittel usw. Da ist es kein Wunder, daß unsere Verhältnisse so schlecht sind und daß sich dem Wiederaufbau unseres zerstörten Wirtschaftslebens so große Schwierigkeiten entgegentürmen. Die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen, und wer da glaubt, daß ein Kaiser oder ein Bismarck sie bändigen könnte, der irrt sich. Auch unter einem monarchischen Regiment oder unter einer Militärherrschaft würde ein besiegtes, zerrüttetes Deutschland die gleichen Krisen durchmachen müssen.

Deshalb ist es eine Unwahrheit oder eine bewußte Lüge, wenn die Rechtsparteien den Massen erzählen, daß eine Rückkehr zu dem alten System Deutschland wieder gesund machen werde. Das, was ein Volk ins Elend hineingeführt hat, kann es nicht wieder aus dem Elend herausführen. Die Gewaltpolitik, die Unterdrückung, die Ausbeutung der Massen haben unser Volk zugrunde gerichtet, und da bedarf es doch wahrlich anderer Mittel, um es wieder emporzubringen. Nur die Ersetzung der Gewalt durch das Recht, nur die Demokratisierung und Sozialisierung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, nur die Durchdringung unserer gesamten Verhältnisse mit dem Geiste der Freiheit und der Solidarität, nur die Neugestaltung unseres Zusammenlebens und Zusammenarbeitens im Sinne des demokratischen Sozialismus vermögen uns die Kraft zu geben, die traurigen Verhältnisse zu überwinden, unter denen wir leiden. Es nützt nichts, neuen Wein in alte Schläuche zu füllen oder alte Flicken auf ein neues Kleid zu setzen; nur wenn wir fähig und gewillt sind, unser Herz dem Neuen zu öffnen und unsern Willen statt in die Vergangenheit in die Zukunft zu richten, werden wir imstande sein, unser Land und unser Volk aus dem Chaos des Weltkrieges zu retten.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1920.

Die wirtschaftliche Krise, deren erste Anzeichen bereits im März sich ankündigten, hat sich, wie das Reichsarbeitsblatt berichtet, im verflossenen Mai in besorgniserregender Weise weiter verschärft.

Die Höherbewertung der Mark an den Weltbörsen hat sich im allgemeinen behauptet, hat die Preise für deutsche Ware den Weltmarktpreisen angeglichen, den Auslandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Käufermassen, deren Kaufkraft ohnehin fast erschöpft war, zu einer spekulativen Zurückhaltung veranlaßt. Die Folge ist, daß in sämtlichen Industrien Inlands- und Auslandsabsatz stockt und Betriebseinschränkungen und Stillegungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbelindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Erwerbslosigkeit am stärksten gewachsen ist.

Die Statistik der Arbeiterfachverbände läßt eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit erkennen. In den 31 Verbänden, über die für den Monat Mai Berichte vorlagen, waren bei einer Gesamtmitgliederzahl von 5 238 666 im ganzen 141 049 oder 2,7 % arbeitslos. Im Vormonat hatten 34 Verbände nur 2,0 % arbeitslose Mitglieder gemeldet. Diese Steigerung macht sich bei den Verbänden aller Industrien gleichmäßig geltend. Es betrug der Hundertsatz Arbeitsloser im Monat Mai bei dem Textilarbeiterverband (G.) 6,2 gegen 3,6 im Vormonat, bei dem Holzarbeiterverband (G.) 3,2 gegen 1,3, bei dem Bauarbeiterverband (G.) 2,3 gegen 1,9, bei den Fabrikarbeitern (G.) 2,1 gegen 1,6, bei den Metallarbeitern (G.) 1,8 gegen 1,2, bei den Transportarbeitern (G.) 1,7 gegen 1,5, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern (G.) 1,4 gegen 1,2, endlich bei dem christlichen Metallarbeiterverband 0,6 gegen 0,4 im Vormonat.

Die Arbeitsnachweise mußten ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellungsuchenden feststellen. Im ganzen gerechnet kamen im Mai auf je 100 offene Stellen 177 männliche beziehungsweise 103 weibliche Arbeitsuchende gegen 167 beziehungsweise 91 im Vormonat und 162 beziehungsweise 83 im März.

Im Baugewerbe stieg die Andrangsziffer von 144 im April auf 149 im Mai.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder hat sich abzüglich der arbeitsunfähig Kranken nach den Berichten von 5872 Kassen in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Juni von 10 669 000 auf 10 934 508, das heißt, um 265 508 oder 2,5 % vergrößert. Die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder stieg in dieser Zeit von 6 676 973 um 3,1 % auf 6 882 432, die der weiblichen von 3 992 027 um 1,5 % auf 4 052 076.

Bereits zu wiederholten Malen ist darauf hingewiesen worden, daß bei der Lage der Arbeitsverhältnisse seit 1919 gerade diese Zahlen bei einem Rückschluß auf die Entwicklung

der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeit nur mit äußerster Vorsicht bewertet werden dürfen, da weder die Erwerbslosen noch die Kurzarbeiter ausgeschieden werden können; den auf allen anderen Gebieten der Arbeitsmarktbeobachtung sich mehrenden Anzeichen einer wachsenden Beschäftigungslosigkeit gegenüber können die steigenden Zahlen der Pflichtversicherten der Krankenkassen jedenfalls nicht ausschlaggebend ins Gewicht gelegt werden.

Die Berichte der Demobilmachungskommissare über die Zahl der aus öffentlichen unterstützten Erwerbslosen zeigen noch immer einen Rückgang der Gesamtzahlen. Am 1. Mai betrug die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 292 326, am 1. Juni 271 961; auf das männliche Geschlecht kamen hiervon 209 407 (am 1. Mai 228 572), auf das weibliche 62 554 (am 1. Mai 63 753). Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbsloser (Zuschlagsempfänger) sank ebenfalls von 278 490 am 1. Mai auf 254 159 am 1. Juni.

Für das gesamte Baugewerbe ergibt sich nach den Feststellungen des „Reichsarbeitsblattes" für Mai 1920 folgendes Vermittlungsergebnis der Arbeitsnachweise:

	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Davon entfallen auf:	33291	22392	16193
Maurer, Stukkateure	13437	9770	6537
Zimmerer	5530	4763	3460
Maler, Lackierer, Anstreicher	9483	6230	4874
Glaser	923	827	297

Auf 100 offene Stellen entfallen demnach für das Baugewerbe Arbeitsgesuche in den ersten 5 Monaten dieses Jahres:

	Januar	Februar	März	April	Mai
Von Maurern	228,6	210,0	167,3	132,9	137,5
„ Zimmerern	157,8	160,7	117,3	111,3	116,1
„ Malern	503,1	330,2	293,9	150,0	152,2
„ Glasern	249,8	291,4	291,9	310,0	282,2

Auf die einzelnen Landesteile verteilen sich in den Monaten März, April und Mai 1920 Angebot und Nachfrage für das Malergewerbe wie folgt:

	März		April		Mai	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen
Ostpreußen	403	91	271	81	188	88
Westpreußen	50	20	94	73	26	6
Berlin u. Brandenb.	836	359	2580	1431	2502	1224
Pommern	274	117	202	116	149	107
Posen	10	3	10	7	6	8
Schlesien	535	135	511	163	399	119
Sachsen	345	265	332	397	297	284
Schleswig-Holstein	406	223	271	225	179	168
Hannover	425	274	295	304	265	265
Westfalen	358	294	359	304	381	412
Hessen-Nassau	528	422	424	364	309	231
Rheinland	663	718	544	658	600	755
Bayern	1458	385	1255	538	782	405
Freistaat Sachsen	2100	567	1660	731	1317	561
Württemberg	505	241	399	300	350	275
Baden	465	310	376	271	349	208
Hessen	177	75	124	77	126	68
Mecklenburg	111	44	67	57	60	51
Thüring. Staaten	364	283	257	248	207	180
Oldenburg	100	63	70	58	48	45
Braunschweig	60	91	75	98	82	88
Lübeck	53	52	35	45	30	67
Bremen	268	301	170	286	191	218
Hamburg	1514	578	772	673	640	414

Nach unserer Verbandsstatistik waren in der letzten Maiwoche insgesamt 2550 Kollegen arbeitslos; auf 100 Mitglieder entfielen 5,90 Arbeitslose.

Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Wie bekannt, hat in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten der zehnprozentige Steuerabzug großen Unwillen und lebhaften Widerspruch hervorgerufen, weil er auf die sehr verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerzahler keine Rücksicht genommen hat. Im Steuerausschuß des Reichstages gab der Reichsfinanzminister zwar eine Erklärung ab, in der es unter anderm heißt: „Obwohl alle Mängel, die mit der Steuererhebung an der Quelle verbunden sind, vom Steuerausschuß der Nationalversammlung anerkannt und gewürdigt worden waren, hat man sich angesichts der furchtbaren Finanzlage des Reiches doch zu ihrer Einführung entschlossen. Von diesem wohlgeprüften Beschluß werden sie auch jetzt wohl nicht zurückgehen können, denn erstens würde ein Steuerausfall eintreten, der so erheblich ist, daß das Reich ihn einfach nicht tragen kann, und zweitens würde, wenn wir die Durchführung der Steuergesetze in diesem wichtigen Punkte durchbrechen, jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuersabotagen gerechnet werden müssen. Die erfolgreiche Sabotage der Steuer würde aber das Chaos bedeuten. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wäre für die nächste Zukunft der Hauptleidtragende nicht das Reich, sondern die Länder und die Gemeinden. Ich weise darauf hin, daß die Bestimmungen über den Abzug vom Naturallohn einstweilen ausgesetzt sind, und daß dafür gesorgt ist, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, überschätzt. Eine Aufhebung des Steuerabzuges bedeutet für den Fiskus einen Verzicht auf eine vollständige Erfassung des Arbeitseinkommens überhaupt. Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug beruht zum größten Teil auf Mißverständnis der gesetzlichen Vorschriften, Unterschätzung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der ungeheuren Tragweite, die eine Steuersabotage gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte. Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufklärend und beruhigend einzuwirken, denn es handele sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden." Noch beschloß der Reichstag am 6. Juli einige scharf hervortretende Mängel im § 45 des Gesetzes zu beseitigen. Der § 45 erhält als Ergänzung die §§ 45 a, b, c, die wie folgt lauten:

§ 45a.

Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für 5 M. täglich,
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen für 30 M. wöchentlich,
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten für 125 M. monatlich

zu unterbleiben.

Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Absatz 2

in dem Falle des Absatzes 1 a um 1,50 M.
„ „ „ „ „ 1 b „ 10,— „
„ „ „ „ „ 1 c „ 40,— „

Ob und in wieweit die Vorschriften der Absätze 1 und 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anrufen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamts nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstage angerufen, so ist der Abzug in vollem Umfange des § 45 vorzunehmen.

§ 45b.

Arbeitnehmer, die nicht unter § 45 a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertsatz des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertsatz nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 % des Arbeitslohnes in Abzug zu bringen.

§ 45 c.

Ueberfteigt der Arbeitslohn, auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45 a, den Betrag von 15 000 M., so gilt für den einzuhaltenden Betrag nachstehender Tarif:

von 15000	bis	30000 M.		15 %
„ mehr als	30000	bis	50000 M.	20 „
„ „ „	50000	„	100000 „	25 „
„ „ „	100000	„	150000 „	30 „
„ „ „	150000	„	200000 „	35 „
„ „ „	200000	„	300000 „	40 „
„ „ „	300000	„	500000 „	45 „
„ „ „	500000	„	1000000 „	50 „
„ „ „	1000000 M.			55 „

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes eingehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Artikel 3.

Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

Das böse Gewissen des Bayerischen Malermeisterverbandes.

In Nr. 17 der „Süddeutschen Malerzeitung" ist ein Bericht über die Lohnverhandlungen für Bayern, die am 21. Juni in Regensburg stattfanden, erschienen. Dieser stellt die behaupteten Tatsachen direkt auf den Kopf und gibt in seinen Einzelheiten ein Zerrbild von dem, was in den Verhandlungen zum Vortrag kam. Wenn diese Methode von nun an wieder üblich werden sollte, so werden wir uns natürlich darauf einrichten und solche Machwerke entsprechend behandeln. In den folgenden Darlegungen sei nur festgestellt, wie die „Süddeutsche Malerzeitung" die nach bekannter Manier die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen, worauf man es von vornherein ganz bestimmt abgesehen hatte, auf die Gehilfenvertretung abwälzen möchte. — Es heißt in dem Bericht unter anderm:

Der Vorsitzende machte noch den Vorschlag, eine kleine Kommission zu bilden, um vielleicht einen Boden der Verständigung zu finden. Gegenüber diesem Vorschlag nahmen die Vertreter der Arbeitnehmer einen vollständig ablehnenden Standpunkt ein. Damit waren durch die schroffe Ablehnung der Arbeitnehmer die Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Wenn diese Verhandlungen, zu denen die Arbeitgeber mit Ernst und Sachlichkeit herangingen, resultatlos verlaufen sind, dann ist dies im Interesse des Wirtschaftslebens sehr zu bedauern. Der bayerische Malermeisterverband und der Bund Deutscher Dekorationsmaler müssen für die aus der Haltung der Arbeitnehmervertreter entstehenden Konsequenzen von vornherein jede Verantwortung ablehnen. Die Verantwortung haben die zu tragen, welche glauben, ausschließlich mit machtpolitischen Kampfmitteln, wie durch willkürliche Herabsetzung der Arbeitszeit und durch die jedem gesunden Sinn hohnsprechende Lohnforderungen, eine Besserung unserer Wirtschaftspolitik herbeizuführen.

Ohne auf dieses hilflose Geschreibsel näher einzugehen, jedoch um Legendenbildungen hintanzuhalten, sei hier der entscheidende Teil des amtlichen Protokolls wiedergegeben:

Nachdem sich die Vertreter der beiderseitigen Organisationen wiederholt gesondert besprochen hatten und schließlich der Vorsitzende noch angeregt hatte, wenigstens eine kleine Kommission zur Beratung von neuen bayerischen Sätzen zu bilden, gab der Vertreter der Arbeitgeberorganisation folgende Erklärung ab:

1. Der bayerische Malermeisterverband und der Bund deutscher Dekorationsmaler in Bayern wirken auf ihre Ortsgruppen ein, daß die Berliner Vereinbarungen vom 30. April beziehungsweise 3. Mai 1920 für die Orte, in denen das Abkommen noch nicht oder nur teilweise zur Durchführung kam, vom 1. Juli 1920 an durchgeführt wird; damit solle aber eine Anerkennung der Vereinbarung vom 30. April auch für Bayern nicht zum Ausdruck gebracht werden, sondern es solle nur ein Ausgleich der in einzelnen Städten noch etwas niedrigen Löhne herbeigeführt werden.

2. Dieser Vorschlag soll aber nur nur unter der Bedingung gelten, wenn die Achtundvierzigstundenwoche im Sommer in allen Lohngebieten restlos durchgeführt wird.

3. Weitere Lohnerhöhungen und Verhandlungen über Berlin werden für Bayern abgelehnt.

Die Vertreter der Gehilfen erklärten hierauf, daß nach dieser Stellungnahme der Arbeitgeberorganisation keine Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen bestünde.

Der Vorsitzende erklärte sodann die Verhandlungen für geschlossen."

So das vom Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Hipp, abgefaßte amtliche Protokoll, wobei wir bemerken möchten, daß die Erklärung in der Fassung abgedruckt ist, wie sie uns vom Bayrischen Malermeisterverband zugesandt wurde.

Auf wessen Veranlassung nun die Verhandlungen in Regensburg gescheitert sind, das bitten wir die Leser an Hand dieser Darstellung selbst zu entscheiden.

Aus der Fülle anderer Tatsachen sei hier noch folgendes hervorgehoben. Als die Arbeitgebervertretung, nachdem sie von dem Verhandlungsleiter förmlich darum gebeten worden war, im Interesse des Friedens und des Tarifgedankens doch irgend ein Entgegenkommen zu zeigen, mit der oben wiedergegebenen Erklärung herausrückte, erklärte der unparteiische Vorsitzende, er könne der Gehilfenvertretung deren Annahme nicht zumuten, denn damit würde sie gegen die von ihr abgeschlossenen Vereinbarungen handeln, wie er auch ferner den Arbeitgebern erklärte, daß sie durch ihre Stellungnahme weder dem Reichstarifvertrag als auch dem Hauptverband der Arbeitgeber im Malergewerbe noch angehören könnten.

Es ist ausgemachte Demagogie, wenn die „Süddeutsche Maler-Zeitung" angesichts solch offenkundiger Beweise dafür, daß man es in Regensburg unbedingt zum Bruch kommen lassen wollte, nun, vom bösen Gewissen getrieben, die Schuld auf die andere Partei abzuwälzen sich erkühnt. Das wird selbst verschiedenen mitanwesenden Arbeitgebervertretern sonderbar vorkommen, die uns gegenüber kein Hehl daraus machten, daß sie ihre Verbandsleitung nicht verstünden und unsere Ansicht über die Rechtsverbindlichkeit der Vereinbarung vom 30. April für richtig hielten.

Zum Schluß drucken wir noch eine Erklärung der Kontrahenten des Reichstarifvertrages — zu dem der Bayerische Meisterverband auch noch gehört — ab, die am 25. Juni vor dem Reichsarbeitsministerium niedergelegt wurde. Diese lautet:

In der Verhandlung vom 25. Juni 1920 über Lohnfestsetzung im Malergewerbe ist festgestellt worden, daß die Parteien sich darüber einig sind, daß das Lohnabkommen vom 30. April und 3. Mai 1920 und die Vereinbarung vom 8. Juni 1920 als Ergänzung zu dem Reichstarif beziehungsweise dem Lohnabkommen vom 8. Februar 1920 zu betrachten sind.

gez. Bühler, Regierungsrat, als Verhandlungsleiter.

Hierdurch wird noch einmal unterstrichen, daß der Bayerische Malermeisterverband bisher tarifwidrig gehandelt hat und uns in Regensburg zumutete, diese Tarifwidrigkeit zu sanktionieren.

Der neue Reichstag.

Dem neuen Reichstag gehören 466 Abgeordnete an, die sich auf die Parteien wie folgt verteilen:

Sozialdemokratische Partei	112
Unabhängige sozialdemokratische Partei	81
Zentrum	68
Deutschnationale	66
Deutsche Volkspartei	62
Demokraten	45
Bayerische Volkspartei	20
Hannoversche Landespartei	5
Bayerischer Bauernbund	4
Kommunisten	2
Christliche Volkspartei	1

Eine Zunahme an Stimmen erhielten die Parteien, die sich während der Tagung der Nationalversammlung zu ihr in Gegnerschaft befunden haben, das sind die Unabhängige sozialdemokratische Partei, die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei. Dies Resultat war vorauszusehen. Gegen die bisherigen Koalitionsparteien — und ganz besonders gegen die Sozialdemokratie — richtete sich die Unzufriedenheit der Wähler mit den gegenwärtigen Zuständen. Sie und ihre Vertreter in der Regierung wurden verantwortlich gemacht für die Teuerung und die Knappheit auf dem Warenmarkt und der Arbeitsgelegenheit, für die hohen Steuern, sie sollten schuld daran sein, daß wir kaum 1½ Jahre nach dem fürchterlichen vierjährigen Kriege noch keine geordneten Verhältnisse im Lande haben.

Die große Masse des Volkes ließ sich von den maßlosen Angriffen fortreißen, die besonders gegen die Sozialdemokraten in der Presse und in Versammlungen erhoben wurden, und vergaß darüber vollständig die Abrechnung mit den Parteien und Volksschichten, die unser armes Land in den Krieg hineingehetzt und solange darin erhalten haben, bis Land und Volk nahezu von allen Werten entblößt war.

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist das Resultat der Wahlen kein erfreuliches. Seine Folgen werden sich zeigen in den Beschlüssen des Reichstages und in der Gestaltung der Gesetzgebung. Diese hat erst seit der Revolution angefangen, den Forderungen und Bedürfnissen der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Volkskreise Rechnung zu tragen. Eine ganze Reihe von Forderungen harren noch der Erfüllung.

So hat zum Beispiel der neue Reichstag die Aufgabe, ein den Zeitverhältnissen angepaßtes Arbeitsrecht zu schaffen. Ob dies bei dem geschwächten Einfluß der Sozialdemokraten in für die Arbeiterschaft günstigem Sinne ausfällt, ist noch sehr zweifelhaft. Auch andere wichtige Fragen sind zu regeln. Wir wollen von diesen nur die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu den Nachbarvölkern nennen. Auch hier werden sich größere Schwierigkeiten ergeben, weil jetzt Vertreter von Parteien in der Regierung sitzen werden, die mitschuldig sind an der Verschärfung und Verlängerung des Krieges, und die

sich während des Krieges gegen einen Frieden ohne Annektion und ohne Entschädigung ausgesprochen haben.

Leicht werden es die neue Regierung und der neue Reichstag nicht haben. Es ist sogar möglich, daß das deutsche Volk bald wieder zur Wahl aufgerufen werden muß, weil keine tragfähige Regierung vorhanden ist, denn die Vertreter der Regierung repräsentieren nicht die Mehrzahl der Wähler. Das zeigt uns aber, welche Verantwortung die wahlberechtigten Personen zu tragen haben. Noch niemals haben wir so deutlich gesehen wie diesmal, daß tatsächlich das Schicksal des Volkes und des Landes in den Händen der Wähler liegt. Mögen diese daraus lernen, daß man sich bei Wahlen nicht von Leidenschaften und von Augenblicksstimmungen leiten lassen darf.

Lohnbewegungen.

Danzig. In der Lohnstreitsache der hiesigen Werften fällte der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Der Lohn beträgt für: 1. Gelernte Arbeiter, Vorarbeiter: 3,75 M. pro Stunde; Arbeiter über 24 Jahre 3,60 M., vom 21. bis 24. Jahre 3,50 M., unter 20 Jahren 3,25 M. 2. Angelernte Arbeiter. Ueber 24 Jahre alt 3,45 M. pro Stunde, vom 21. bis 24. Jahre 3,25 M., vom 18. bis 20. Jahre 2,75 M. 3. Ungelernte Arbeiter. Ueber 20 Jahre alte Arbeiter 3,30 M., vom 18. bis 20. Jahre 2,95 M., vom 16. bis 18. Jahre 1,50 M. Bereits bestehende günstigere Lohnverhältnisse bleiben unverändert. Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 1. Juli 1920 einschließlich zur Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches. Die am 26. Juni abgehaltene Vertrauensmännersitzung der Betriebe aller Gewerkschaftsrichtungen hat beschlossen, den Belegschaften die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen. Die Abstimmung der Arbeiterschaft ergab dann die Annahme des Schiedsspruches, die Arbeitgeber jedoch lehnten ihn ab.

Oberstein. Am 28. Juni traten die Kollegen in den Streik, nachdem die Arbeitgeber jede Verhandlung über eine weitere Lohnerhöhung rundweg ablehnten. Am 7. Juli erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit und es kam eine Vereinbarung über ein weiteres Lohnabkommen zustande, so daß die Kollegen nach achttägigem Streik die Arbeit wieder aufnahmen.

Saarbrücken. Der am 21. Juni ausgebrochene Streik dauert weiter. Die Arbeitgeber lehnen immer noch Verhandlungen ab. Doch durch das geschlossene Vorgehen wird der Widerstand der Unternehmer sich nicht lange mehr halten lassen. Ein größer Teil der Streikenden ist bereits anderweitig untergebracht. Die Streikenden sind fest entschlossen, im Kampfe auszuharren bis ein annehmbarer Friede zustande kommt.

Lohnverhandlungen für das Malergewerbe im Freistaat Sachsen.

Am 3. Juli tagte das Sächsische Landestarifamt, um über die Neufestsetzung der Löhne für die 22 Orte zu beraten, in denen der Sächsische Malermeisterverband Mitglieder besitzt. Natürlich setzten die Arbeitgeber, weil das nun einmal so üblich geworden ist, auch hier wieder unserer Forderung auf eine weitere Lohnerhöhung aus taktischen Gründen die Forderung des Lohnabbaues, und zwar um 10 bis 25 %, entgegen. Nach mehrstündigem Verhandeln stimmte man schließlich folgendem Vorschlage des Verhandlungsleiters zu:

Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber stellen ihre Anträge auf Lohnerhöhung und Lohnabbau auf unbestimmte Zeit zurück und vereinbaren die Weiterzahlung der gegenwärtigen Tariflöhne mit der Maßgabe, daß jeder Teil berechtigt ist, das Lohnabkommen mit vierzehntägiger Frist aufzukündigen.

Beide Teile sind sich darüber einig, örtliche Kommissionen zu wählen, die über die Beseitigung der Pfuscharbeit und über Mittel und Wege beraten sollen, wie der Hausbesitzer in die Lage versetzt werden kann, die notwendigen Malerarbeiten ausführen zu lassen, damit die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit beseitigt und mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Der letzte Absatz wurde anfangs von den Arbeitgebern in einer Form gewünscht, die die Auslegung zuließ, als sollte der Mietpreistreiberei beziehungsweise einer einseitigen Hausbesitzerpolitik das Wort geredet werden.

Unter Hinweis auf § 8 des Reichstarifvertrages beziehungsweise des Landestarifvertrages für Sachsen wurde von uns die Behandlung der Frage eines Erholungsurlaubes für die Gehilfenschaft verlangt. Man schloß sich hierin der Erledigung dieser Angelegenheit bei den Berliner Verhandlungen am 25. Juni an und setzte fest, daß über die Ferienfrage im Laufe dieses Jahres weiter verhandelt werden soll.

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. Dreißigjähriges Stiftungsfest der Filiale. Am Samstag, 3. Juli, beging die Filiale Frankfurt a. M. ihr dreißigjähriges Stiftungsfest. Das fünfundzwanzigjährige Bestehen der Filiale konnte durch die Kriegsverhältnisse seinerzeit nur durch einen Jubiläumsartikel im „Vereins-Anzeiger" gewürdigt werden. Es wurde deshalb von der Kollegenschaft allgemein begrüßt, daß das dreißigjährige Jubiläum nun in einer würdigeren Form begangen werden konnte. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen und bewiesen damit ihre alte Treue und Anhänglichkeit zur Organisation. Ueber Tausend Personen füllten die schönen Räume der Blumensäle. Das Festprogramm entsprach der Bedeutung und Würde der Feier und fand allseitige Anerkennung. Nach einleitenden Gesangsvorträgen und Rezitationen von Mitgliedern der Frankfurter Theater hielt Kollege Zimmermann die Festrede. Er skizzierte kurz den Entwicklungsgang der Filiale, die im Jahre 1890 mit 29 Mitgliedern gegründet wurde. Mühsam und beschwerlich war damals die Organisationsarbeit. Die Entwicklung wollte nur langsam vorwärts gehen. Auch die Berufsstreitigkeiten zwischen den Malern und den Weißbindern erschwerten den Aufbau. Erst im Jahre 1898 trat ein Wendepunkt ein, indem es gelang, die meist auswärts wohnenden Berufskollegen zu organisieren. Die Berufsverhältnisse waren damals noch sehr traurig. Zehnstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 35 ₰ waren noch die Regel. Der erste größere Streik konnte im Jahre 1899 mit Erfolg durchgeführt werden. Die Lohnverhältnisse erfuhren dadurch eine erhebliche Verbesserung. Auch zur Festigung der Organisation hatte dieser Streik wesentlich beigetragen. Seitdem hat sich die Organisation ihren achtunggebietenden Einfluß bewahrt und ihre Stärke in einer Reihe erfolgreicher Lohnkämpfe bewiesen. In der jetzigen Mitgliederzahl der Filiale von 2600 kommt am besten die Bedeutung der Filiale zum Ausdruck. Kollege Zimmermann würdigte noch besonders die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung zur Einigkeit und zur weiteren Treue zur Organisation. Die Kollegen Adam Hohmann, Hermann Weyhe aus Frankfurt, Josef Hütsch aus Darmstadt, Hermann Meinig und Johann Laux aus Offenbach können auf eine dreißigjährige Mitgliedschaft in der Organisation zurückblicken. Die ersten 3 Kollegen sind Mitbegründer der Filiale. Kollege Auth gedachte in warmen Worten der Verdienste und Treue dieser Kollegen und überreichte jedem von ihnen ein von der Filiale gestiftetes Ehrendiplom. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Hütsch für die Ehrung und ersuchte die anwesenden Kollegen weiter für die hohen Aufgaben der Organisation einzustehen. Die würdig verlaufene Feier wurde in schönster Harmonie beendigt und dürfte jedem Kollegen in dauernder Erinnerung bleiben. Gemeinsam kämpfen für die hohen Ziele der Arbeiterbewegung und gemeinsam sich freuen über alle gewerkschaftlich und kulturelle Fortschritte, Kollegen, das soll auch in Zukunft unsere Losung sein.

Horst-Emscher (Zahlstelle der Filiale Essen). Ein volles Jahr ist nunmehr seit der Gründung unserer Zahlstelle verflossen und es ist interessant, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß wir eigentlich durch Zutun der christlichen Organisation entstanden sind. Die Letztere hatte nämlich hier eine Gründungsversammlung angesetzt und nahmen wir die Gelegenheit wahr, um unsern Verband hier aus der Taufe zu heben. Trotzdem man uns damals eine nur kurze Lebensdauer prophezeite, haben wir uns auf 40 Mitglieder entwickelt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier am Orte früher an eine Berufsorganisation nicht zu denken war, es andererseits auch mit Schwierigkeiten verbunden war, wenn sich die Kollegen bei den hiesigen rückständigen Arbeitgebern organisierten. Mit Genugtuung können wir darum feststellen, daß der gewerkschaftliche Geist der Kollegen sich ständig bessert und haben unsere Veranstaltungen, wie Versammlungen, kleine Festlichkeiten und gemeinschaftliche Ausflüge immerhin erzieherisch gewirkt. Auch legen wir Wert auf ein kollegiales Zusammenwirken mit den übrigen Bauarbeiterverbänden. Es besteht zwischen uns und den sonstigen Bauarbeitern der Zeche Stinnes 1 und 2 das schönste Verhältnis. Auf Grund dessen war es bei der Sammlung für die Märzgefallenen möglich, eine größere Summe aufzubringen, für deren Zustandekommen sich unser Kollege Hartmann in anerkennenswerter Weise bemühte, wofür wir ihm auch noch an dieser Stelle Dank wissen. Hoffen wir, daß immer mehr sich der gewerkschaftliche Geist der Solidarität auch in unserm Orte unter unseren Berufskollegen breit macht, jeder Kollege ein rüstiger Streiter für unsere Ideen sowie ein Agitator für die weitere Stärkung unserer Zahlstelle, damit auch nach Jahren wir mit Stolz auf unsere Zahlstellengründung zurückblicken können.

Max Fiebert.

Gewerkschaftliches.

Dem Deutschen Eisenbahnerverband hat sich jetzt der Verband des Deutschen Verkehrspersonals angeschlossen. Damit ist der Deutsche Eisenbahnerverband zur größten Eisenbahnerorganisation der Welt emporgestiegen und zählt jetzt über 400 000 Mitglieder.

Der Fabrikarbeiterverband, der in diesen Tagen in Hannover seinen Verbandstag abhält, feierte am 26. Juni sein dreißigjähriges Bestehen. Wie der „Proletarier", das Fachblatt der Organisation berichtet, gründete am 26. Juni 1890 29 Delegierte auf dem ersten Kongreß den „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands". Das erste Jahr konnte mit einem Mitgliederstand von 1961 abschneiden. Der Aufschwung vollzog sich in der ersten Zeit langsam. 14 Jahre waren notwendig zur Sammlung der ersten 50 000 Mitglieder. Von da an setzte ein rascheres Tempo ein. 2 Jahre später waren 100 000 weit überschritten. Das zweite Hunderttausend wurde 1912 erreicht. Der Krieg drückte aber die Organisation 1916 auf 80 545 Mitglieder herab. Dann setzte eine sprunghafte Aufwärtsbewegung ein und am Jubiläumstag konnte der Verband über 600 000 Mitglieder aufweisen. Möge der Aufstieg und die Erstarkung des Verbandes zum Wohle seiner Mitglieder in dem gleichen erfreulichen Tempo weiter vorwärts ziehen.

Zu einer „Freien Gewerkschaft geistiger Arbeiter" haben sich die Intellektuellen Deutschlands und Oesterreichs zusammengeschlossen, um auf wirtschaftlichen Wegen Schulter an Schulter mit der Handarbeiterschaft die republikanische Staatsreform für alle Zeiten zu festigen, sinn- und zweckgemäß auszugestalten, den Anschluß Oesterreichs herbeizuführen, zur Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Gesamtreiches durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, durch Aufklärung, wie durch praktische Arbeit beizutragen und an der Verbesserung der sozialen Verhältnisse aller Arbeitenden tatkräftigst mitzuwirken. Die „Freie Gewerkschaft geistiger Arbeiter" umfaßt folgende Berufs- und Standesgruppen: Literatur und Presse, Kunst, Musik, Kunsthandwerk, reine und angewandte Wissenschaft (Juristen, Aerzte, Philosophen usw.), Unterrichtswesen (Professoren, Lehrer, Studenten usw.), Beamtenschaft (Staatsbeamte, Gemeindebeamte, Privatbeamte, Angestellte usw.), Technik des Handels, Technik der Industrie, aktive, nicht aktive Militärs, endlich Pensionisten aller Sparten, wie alle hier nicht angeführten geistig Arbeitenden. Die Vereinigung hat ihren Sitz planmäßig in Passau aufgeschlagen, weil gerade diese Grenzstadt ein praktisches, bequemes Zusammenarbeiten der Intellektuellen Deutschlands und Oesterreichs ermöglicht. Zur Durchführung der erforderlichen Organisation und zur Beratung grundlegender Fragen wird sie für September einen Kongreß der Intellektuellen Deutschlands und Oesterreichs nach Passau einberufen.

Der Vorstand ersucht alle Geistesarbeiter Deutschlands und Oesterreichs, besonders ihre Berufsgruppen und Vereinigungen, sich durch bevollmächtigte Delegierte an dem Kongreß zu beteiligen, die Delegierten wegen der erforderlichen großen Vorarbeiten schon jetzt zu bestimmen und sich mit unserem Bureau: Passau, Ort Nr. 19, 1. Stock, ehestens in Verbindung zu setzen.

Die Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin faßten am 24. Juni dieses Jahres den Beschluß, neben den Gewerkschaften eine selbständige Organisation der Betriebsräte aufzubauen. Weiter haben die Betriebsräte ausgesprochen, daß über die Organisationsform nicht die Arbeiter- und Angestelltenschaft, sondern die Betriebsräte selbst zu entscheiden hätten. Wegen dieser einschneidenden Streitfragen mußte die Berliner Gewerkschaftskommission endgültig Stellung nehmen. In dem gefaßten Beschlusse kam zum Ausdruck, daß trotz dieser klaren und eindeutigen Stellungnahme nochmals der Versuch gemacht werden soll, eine Verständigung zwischen der Betriebsrätezentrale Münzstraße und der Gewerkschaftskommission herbeizuführen.

Auch die Gewerkschaftskommission ist durchaus der Meinung, daß eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit den Gewerkschaften zwingende Notwendigkeit ist. (Dieses Zusammenarbeiten kann aber nicht außerhalb, sondern nur innerhalb der Gewerkschaft von Nutzen für die gesamte Arbeiterschaft sein.) Die Gewerkschaftskommission steht deshalb nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine selbständige Betriebsräteorganisation von den Gewerkschaften nicht als berechtigt anerkannt werden kann, den Betriebsräten aber innerhalb der Gewerkschaft ihre volle Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit eingeräumt werden soll. Die Finanzierung ist deshalb ausschließlich Sache der Gewerkschaften. Indem die Gewerkschaftskommission nochmals diesen grundsätzlichen Standpunkt betont, spricht sie die Erwartung aus, daß die Betriebsrätezentrale ihren unhaltbaren Standpunkt aufgibt und sich im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft der Auffassung der Gewerkschaftskommission anschließt; denn nur die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften verbürgt der gesamten Arbeiterklasse bei den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den endgültigen Sieg!

Sozialpolitisches.

Ueber die Grundsätze der künftigen Ernährungspolitik äußerte sich der neue Ernährungsminister Dr. Hermes einem Pressevertreter gegenüber unter anderm: Die inländische Stickstofferzeugung befindet sich in hoffnungsvoller Entwicklung, und es soll angestrebt werden, den Aeckern die in der Kriegszeit fehlenden Mengen an Düngung wieder zuzuführen. Ferner kann die landwirtschaftliche Erzeugung durch Lockerung der Zwangswirtschaft einen starken Anreiz erhalten. Die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch müsse allerdings aufrechterhalten werden. An einen Abbau der Getreidepreise kann nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises müsse jedenfalls vermieden werden. Die Fleischbewirtschaftung solle umgebaut werden. Es schweben Verhandlungen über die Neuregelung der Kartoffelwirtschaft. Der Mindestpreis von 25 M. für den Zentner Kartoffeln hat eine erhebliche Vermehrung des Kartoffelanbaues zur Folge gehabt. Die Ernteaussichten sind bisher sehr günstig. Die Landwirtschaft, Handel und Städte hätten sich geeinigt, daß 80 Millionen Zentner Kartoffeln abgeliefert werden sollen, der Rest aber freigegeben wird. Das Reichsernährungsministerium hat die Lieferungspflicht auf 120 Millionen Zentner erhöht, die Städte haben jedoch auf Grund ihrer schlechten Erfahrungen mit der Einkaufspolitik weit geringere Anmeldungen eingereicht.

Ferner erwähnte der Minister, daß Fische jetzt nicht nur in Holland und Norwegen, sondern auch in England und Schottland gekauft werden können, und deshalb die Einfuhr schleunigst freigegeben werden soll, um durch verstärktes Angebot die Preise zu senken. Dasselbe gilt für Obst und frisches Gemüse. Die Zentralisierung der Eier- und Käseeinfuhr ist aufgehoben worden. Diese Wareneinfuhrpolitik erkärte der Minister auch für die beste Valutapolitik. Eine Anzahl Kriegsgesellschaften ist aufgelöst, die andern werden rasch folgen, mit Ausnahme der Reichsgetreidestelle und der Reichsfettstelle. Weiter kündigte der Minister eine Frühdruschaktion für Getreide an. Ueber diese erfahren die „P. P. N." noch im einzelnen, daß durch eine Verordnung vom 30. Juni der Ernährungsminister Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste in Höhe von 200 M. für die Lieferungen bis 1. August und von 150 M. für die Lieferungen bis 15. September festgesetzt hat. Die Bestände der Reichsgetreidestelle sind soweit zurückgegangen, daß sich die Brotversorgung vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Süddeutschland nicht ohne Stockungen durchführen läßt. Trotz einem früheren Zeitpunkt der diesjährigen Ernte kann ohne den besonderen Ausgleich eines solchen Zuschlags auf eine genügende Anlieferung von Getreide nicht gerechnet werden. Eine Verteuerung des Brotpreises soll jedoch durch die Lieferungszuschläge keinesfalls eintreten. — Mit aller Deutlichkeit geht hieraus hervor, daß auf eine Preissenkung nicht zu rechnen ist, ja man muß sich bei verschiedenen Lebenmitteln auf eine weitere Steigerung gefaßt machen. Und dennoch beschäftigen sich die Unternehmerkreise schon allgemein mit dem Abbau der Löhne.

Vom Ausland.

Bauarbeiteraussperrung in Holland. In Holland sind viele tausend Bauarbeiter ausgesperrt worden, weil die Stukkateure im Haag seit 3 Monaten um eine Lohnerhöhung streiken und weil der Allgemeine Holländische Bauarbeiterverband sich weigert, sich einen fertigen Lohn- und Arbeitstarif aufzwingen zu lassen. Die Maßnahme der holländischen Bauunternehmer ist eine brutale Machtprobe, die sich gegen die freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiterschaft richtet. Mit allerlei Versprechungen, besonders mit dem Hinweis auf hohe Löhne, sollen in andern Ländern nun Streikbrecher geworben werden. Von der Aussperrung sind betroffen

Stukkateure, Zimmerer, Erdarbeiter, Maurer, Bauhilfsarbeiter, Steinmetzen und Mosaikarbeiter.

Bauarbeiter aller Länder, übt Solidarität! Haltet den Zuzug von Bauarbeitern nach Holland fern!

Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale.

Aus Westpolen. Rat der Arbeit. Das Organ des Bundes der freien Gewerkschaften Westpolens, die „Freie Gewerkschaft" in Bromberg (Bydgoszcz) hat kürzlich wegen der sich häufenden Lohnbewegungen dem Departement für Arbeit und öffentliche Fürsorge den Vorschlag gemacht, eine Institution zu schaffen, die die Aufgaben hat, das nötige Material zu sammeln und entsprechende Vorschläge bei Lohnbewegungen zu machen. Diese Anregung scheint nun, wie das Blatt jetzt berichtet, bei den maßgebenden Stellen Anklang gefunden zu haben, denn das Departement für Arbeit und öffentliche Fürsorge hat Mitte Juni im Auftrage des Ministers für das ehemals preußische Gebiet Vertreter aller Organisationen zu einer Aussprache geladen. Der Sitzung lag eine Verfügung des Ministers zur Beratung vor. Danach soll der Rat der Arbeit sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zusammensetzen, und zwar soll die Industrie durch 12 (6 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer), Handel durch 4, Verkehrs- beziehungsweise Transportgewerbe durch 4 und Landwirtschaft durch 10 Delegierte vertreten sein. Die Vertreter ernennt der Minister. Die Kandidaten schlagen die Organisationen vor. Dieser „Rat der Arbeit" wird nach Bedarf, jedoch wahrscheinlich mindestens 1 bis 2 mal im Monat zusammentreten. Aus ihm werden Unterkommissionen, sogenannte Lohnkommissionen, gewählt, die sich mit der Regulierung der Lohnfrage zu beschäftigen haben werden. Außerdem sollen Vertreter der Organisation und Gutachter nach Bedarf hinzugezogen werden. Artikel 1 der Anordnung lautet:

„Bei dem Departement für Arbeit und öffentliche Fürsorge beim Ministerium für das ehemals preußische Gebiet wird ein „Rat der Arbeit" gebildet, der als ein Beirat dem Departement für Arbeit und öffentliche Fürsorge für alle Sachen, die für die Tätigkeit des Departements in Frage kommen, beigeordnet ist."

Zweck dieser Institution soll also sein, das wilde Durcheinander in der Industrie, den Schaden der ungleichen Verhältnisse möglichst zu beseitigen oder zum mindesten zu mildern. Möge der Rat der Arbeit diese schwierige Aufgabe glücklich lösen!

Schweiz. Der Streik der Maler in Fribourg ist nun nach vierwöchiger Dauer mit Erfolg für die Kollegen beendet worden. Bis vor dem Streik betrug die wöchentliche Arbeitszeit 58½ Stunden, durch zweijährigen Vertrag sind jetzt 50 Stunden mit dem freien Samstagnachmittag vereinbart worden. Bezahlt wurden Löhne bis zu einem Maximum von 1,40 Fr., der neue Vertrag bringt nun aber einen Minimallohn von 1,60 Fr. für Maler und 1,70 Fr. für Gipser. Für nächstes Frühjahr ist eine weitere Lohnerhöhung vorgesehen. Ueberstunden werden mit 50 % Zuschlag und Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 % Zuschlag vergütet. Akkordarbeit ist gänzlich verboten. Für auswärtige Arbeiten werden die andernorts üblichen Zulagen gezahlt. Dies die hauptsächlichsten Bestimmungen aus dem neuen Vertrag. Wer die Berufsverhältnisse in der romanischen Schweiz kennt, die Organisation der Arbeiter als solche und dazu noch die äußerst bockbeinige Haltung der Arbeitgeber in Berufs- und Sozialfragen, der weiß auch, daß dort für die Berufshebung ein steiniger Boden vorhanden ist. Nicht selten sind es die Berufskollegen selbst, die uns am Aufstieg zu ihrem eigenen Schaden verhindern. Der Erfolg in Fribourg zeigt, daß es auch in der romanischen Schweiz zu tagen beginnt; wenn auch langsam, so geht es doch unaufhaltsam vorwärts.

Für das Maler- und Gipsergewerbe in Bern wurde ein neues Lohnabkommen vereinbart. Nach dem Vorschlag des Einigungsamtes beträgt der Minimallohn 1,95 Fr. für Gipser, 1,80 Fr. für Maler, 1,55 Fr. für Hilfsarbeiter und für solche Arbeiter, die diesen Lohn schon beziehen, eine Steigerung desselben von je 5 Cts. pro Stunde. Die normale Arbeitszeit beträgt 47½ Stunden pro Woche mit freiem Samstagnachmittag. Der Vertrag beginnt am 1. Juni 1920 und dauert bis 15. März 1921. Die neuen Lohnsätze traten am 14. Juni, dem Tage der verkürzten Arbeitszeit, in Kraft, nachdem beiderseits dem Abkommen zugestimmt worden war.

Verschiedenes.

Was eine Zeitung an Bäumen verschlingt. „Was die Natur in 400 Jahren hat wachsen lassen, verbraucht eine Zeitung von 100 000 Exemplaren in 8 Tagen." Diese erstaunliche Berechnung wird in einem Beitrag des „St. Hubertus" aufgestellt. Um einen Doppelzentner Papier herstellen zu können, braucht man nämlich ungefähr 62½ kg Holzstoff. Aus einem kbm Holz werden 10 Doppelzentner Holzstoff gewonnen. Jede Zeitungsnummer, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erscheint, kostet täglich das Holz, das in einem Jahr auf einem Hektar wächst. Eine der größten Tannen des Fichtelgebirges befindet sich in Warmensteinach; sie ist 30 m hoch und hat einen Umfang von 3 m. Um sie zu umschreiten, braucht man 36 Schritte, und in einer Höhe von 1 m hat sie einen Umfang von 4½ m. Diese Riesentanne, die 400 Jahre alt ist, hat eine Stammholzmasse von 32 kbm, würde also 320 Doppelzentner Holzstoff liefern. Diese Menge aber verbraucht eine Zeitung von 100 000 Exemplaren in 8 Tagen zur Fabrikation ihres Druckpapiers, und so verschlingt sie also in 8 Tagen, was die Natur in 400 Jahren hervorgebracht hat.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe". Von dieser bekannten, allen Berufskollegen zu empfehlenden illustrierten Zeitschrift für Malerei, ist das Juli-Heft erschienen. Außer dem reichhaltigen belehrenden textlichen Teil enthält das Heft die Beilagen: Tafel 16: Schlafzimmer, entworfen von Alfred Schäfer in Stuttgart; Tafel 17: Türaufsätze, entworfen von Karl Sommer in Olching; Tafel 18: Zwickel eines Kirchengewölbes, entworfen von F. Daringer in Wildenau; Tafel 19: Flächenmuster, entworfen von Ludwig Reisberger in München und Tafel 20: Verschiedene Zierstücke. Von der Deutschen Malerzeitung „Die Mappe" erscheinen jährlich 12 Monatshefte und 52 Wochennummern. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 15 M. und 1 M. Versendungsspesen. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen oder der Verlag Georg D. W. Callwey in München, Finkenstr. 2.

Literarisches.

Protokoll der außerordentlichen (22.) Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Abgehalten zu Bochum vom 24. bis 26. Januar 1920. Preis für Mitglieder 1 M., für Nichtmitglieder 3 M. Selbstverlag des Verbandes, Bochum.

Verband der Steinsetzer Deutschlands. Bericht an den 10. Verbandstag über die Geschäftsperiode 1918 bis 1919. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

„Der Mieterschutz". Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieterschutzgesetzgebungen insbesondere der Höchstmietenverordnungen vom 9. Dezember 1919 von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Curt Bönheim.

Die unübersichtliche und aus vielen einzelnen Gesetzen und Verordnungen bestehende Mieterschutzgesetzgebung bedarf eines Führers, der eine Erklärung der Bestimmungen vom Standpunkt des Mieters aus versucht. Diese für alle Mieter außerordentlich bedauerliche Lücke in der Literatur ist durch den soeben erschienenen Kommentar ausgefüllt worden. Besonders eingehend sind die Bestimmungen der Höchstmietenordnung vom 9. Dezember 1919 erläutert worden, so daß jeder Mieter in der Schrift, der ein ausführliches Sachregister zur leichteren Unterrichtung beigegeben ist, jeden Rechtsstreit mit seinem Vermieter selbst zu beurteilen in der Lage ist. Die Schrift will aber nicht nur ein Ratgeber für den Mieter sein, sondern auch eine Anleitung für die zahlreichen Beisitzer in den Mieteeinigungsämtern, die Gemeindevertreter, die Stadtverordneten und dergleichen, die ebenfalls eines Ratgebers durch die Mieterschutzgesetzgebung bedürfen, um für ihre Anwendung sorgen zu können. Die Schrift kann also nur dringend der Anschaffung empfohlen werden.

Neuorganisation des Ernährungswesens. Ein Vorschlag von Bern Meyer. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau, Nr. 6 der Schriftenreihe: Praktischer Sozialismus, herausgegeben von Karl Korsch. Preis 2,50 M. Der Verfasser, ein Fachmann auf dem Gebiete des Getreidegroßhandels, bezeichnet sein Schriftchen als den Versuch einer Synthese zwischen den widerstreitenden und durch die Warenknappheit verschärften Gegensätzen von Stadt und Land, deren lachender Nutznießer die widerlichste Ausgeburt einer Zeit wirtschaftlicher Notlage, der Schieber, ist. Die dazu erforderlichen organisatorischen Maßnahmen sind bis ins einzelne klar vorgezeichnet und legen den Grund zu einer Neugestaltung der landwirtschaftlichen Produktion auf genossenschaftlichem Boden. Die Schrift ist ein starkes Bekenntnis zur gemeinwirtschaftlichen Idee, deren Durchführung den ersten Schritt zum praktischen Sozialismus darstellt.

Vereinsteil.

Zur Beachtung! Einsendungen an die Preßkommission sind zu richten an Kollegen Karl Baerer, Hamburg 19, Paulinenallee 19, Hinterhaus 12, 2. Et. Bei Beschwerden an die Preßkommission wird ersucht, um ihre Stellungnahme zu erleichtern, auch die notwendigen schriftlichen Unterlagen gleich mit beizufügen.

Bericht der Hauptkasse für den Monat Juni bis Quartalsschluß.

Eingesandt haben: Aachen 4800 M., Altena 698,80, Altenburg 1530, Anklam 37,80, Apolda 600, Augsburg 1500, Aschaffenburg 1950, Bamberg 876, Bayreuth 1500, Berlin 7500, Bernburg 1000, Beuthen 500, Bielefeld 4800, Bochum 2200, Brandenburg 2000, Braunschweig 3500, Bremen 7500, Bremerhaven 6000, Breslau 10 850, Cassel 7000, Celle 500, Chemnitz 10 000, Cleve 312,50, Coblenz 2000, Coburg 1200, Cöln 14 500, Crefeld 3500, Cuxhaven 500, Darmstadt 5900, Datteln 800, Dessau 1650, Dortmund 5500, Dresden 18 000, Duisburg 2000, Düren 1000, Düsseldorf 10 000, Eisenach 1699,78, Elberfeld 5000, Emden 450, Erfurt 700, Essen 5000, Finsterwalde 750, Flensburg 1000, Forst 1300, Frankfurt am Main 22 000, Frankfurt a. d. O. 1800, Freiburg 1108,50, Gera 1300, Gießen 800, Gotha 3000, Grünberg 1400, Güstrow 2089,50, Hagen 2800, Halberstadt 337,20, Halle 6000, Hamburg 30 100, Hannover 10 900, Heilbronn 2264,35, Heidelberg 2900, Hildesheim 1000, Hirschberg 500, Hof 800, Hoyerswerda 200, Jena 500, Ingolstadt 500, Kaiserslautern 1700, Karlsruhe 3400, Kattowitz 2000, Kempten 300, Kiel 6800, Kolberg 680, Konstanz 800, Köslin 800, Kulmbach 700, Landeshut 167, Leipzig 10 000, Liegnitz 1000, Lippstadt 400, Lörrach 250, Lübeck 1000, Luckenwalde 800, Lüdenscheid 350, Lüneburg 670, Magdeburg 4000, Mannheim 14 500, Meerane 1254,35, Melle 714, München 9000, Münster 1993,08, Neiße 720, Neumünster 550, Neustadt an der Haardt 775,25, Neuwied 1000, Nordhausen 1450,66, Nürnberg 5000, Oppeln 250, Osnabrück 1400,67, Passau 150, Pforzheim 1000, Potsdam 2800, Prenzlau 454,42, Rathenow 650, Regensburg 1500, Rostock 3000, Schleswig 400, Schneidemühl 550, Schwäbisch-Gmünd 344,25, Schweinfurt 879,25, Schwerin 2000, Senftenberg 1047,20, Siegen 750, Solingen 743,70, Sorau 400, Spandau 1500, Spremberg 600, Stettin 6000, Stralsund 600, Straubing 100, Stuttgart 3157, Swinemünde 687,50, Tarnowitz 270,40, Trier 550, Ulm 650, Weimar 3500, Weißwasser 279,90, Wesel 400, Wiesbaden 3100, Wilhelmshaven 4500, Wismar 900, Wittenberge 340, Wolfenbüttel 962,50, Worms 1200, Würzburg 4100, Zwickau 1850. **J. Heirich, Kassierer.**

Sterbetafel.

Berlin. Am 21. Juni starb der Kollege Ernst Arlt, geboren am 31. Oktober 1875 in Berlin.

Grünberg. Am 7. Juli starb unser Kassierer, der Kollege Wilhelm Weinert, im Alter von 49 Jahren.

Mannheim. Am 20. Juni starb nach langem, schwerem Leiden eines unserer ältesten Mitglieder, der Kollege Martin Allmis, im Alter von 48 Jahren. Der Kollege gehörte 21 Jahre unserer Organisation an und hat sich namentlich in den früheren Jahren den Organisationsarbeiten überaus eifrig gewidmet; dies war ihm in den letzten Jahren durch seine schleichende Krankheit nicht mehr in dem Maße möglich.

Manheim-Landau. Am 26. Juni starb unser Kollege Peter Bachmann im Alter von 27 Jahren.

Wilhelmshaven. Am 17. Juni starb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege Peter Müller im Alter von 62 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 18. bis 24. Juli 1920 ist die 29. Beitragswoche.

Lesen Sie das Handbuch **„Neue ölfreie Grundiertechnik", von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,70 Mk. postfrei.**

Aus dem reichen Inhalt dieses einzigartigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: **Einführung in die Neue Grundiertechnik** — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufrauhen — Aufquellen — Vom Grundieren — Heißölen und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Oel und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Lasierte Lackflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmaserungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Geölte Hölzer, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes — Wasserdichte Lackflächen — Die wasserdichtesten Weißlackierungen — Weißlackierungen auf rotem Untergrund — Seidenglanzlackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und ihre Härtung — Klebende Fenster und Türfalze, ihre Verhütung und Beseitigung — Isolierung von Anilinfarben — Isolieranstriche auf Teer, Karbolineum, verräucherten und verrußten Decken, Rost-, Fett- und Schmutzflecken, Wasserrändern — Isolierung von Mattlacken — Weißlackierungen auf Wachsmattlacken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Mißerfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstreicharbeiten aller Art.

Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger", Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik", Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Erstklassige Lackierer für Karosserien und Luxuswagen stellt sofort ein Firma Paul Artzheim, Inh. Carl Müller, Weimar.

Jeder Kollege bestelle sofort einen Probeband **„Der Dekorationsmaler"** 3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbentafeln, Preis 5 M. bei Voreinsendung des Betrages. Quellen-Verlag, München 30.

Merken Sie sich meine Adresse! Ich liefere gut! Tiefporenerzeuger Sieger, Porenwalz., Strähnentupf., Gewebetupf., Eisblumentupf., Geflechttupfpinsel, Turnziehpinsel, Tupfpinsel, Moiretupf., Oeltupfschläg., Tupfschwäm., Schablonen, Rosen u. Blumenfriese mit bunter Vorlage. Einf. Musterb. u. 10 Sortim. Muster vorst. Appar. nur bei Bedarf zur Ansicht o. Auswahlsendg. Alle and. Werkz. billig. F. Harder, Erbenheim-Wiesbad.

Firnis, Lacke, Leim, Schellack kauft jeden Posten Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 16, Königstadt 7817.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmaler! Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

Streichbürsten Pinsel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert H. W. Witte, Berlin NO 55, Hufelandstr. 46.

Wilhelm Walter Oele, Lacke, Leime Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Bartelsstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der **Volksfürsorge** Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art zusenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1½ bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 18 M. Frankozusendung. Albin Hutmacher, Maler, Hilden i. Rheinland.

Nr. 27 des „Correspondenzblatt" liegt heute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.